

Nr. XIX. GR-NR
1241 W
1995-06-02

ANFRAGE

der Abgeordneten Gradwohl und GenossInnen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten

Bis vor wenigen Jahren hat die Verstaatlichte Industrie in ihren Lehrwerkstätten einen großen Teil der Lehrlingsausbildung auch weit über den eigenen Bedarf übernommen. Durch die Privatisierung und Aufgliederung der Verstaatlichten sind die Nachfolgegesellschaften nicht mehr bereit, über ihren eigenen Bedarf hinaus Lehrlinge auszubilden. Die westliche Obersteiermark hat in 10 Jahren insgesamt fünf Lehrwerkstätten verloren. Die Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie machte bei der ÖGB Bezirkskonferenz Judenburg auf den absehbaren Facharbeitermangel aufmerksam und stellte einen Antrag zur Schaffung von überbetrieblichen Lehr bzw. Ausbildungsstätten um diesem entgegenzusteuern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen gibt es seitens Ihres Ministeriums die Rückgänge der Ausbildungsplätze in den Lehrwerkstätten einzudämmen?
2. Sind sie bereit, Lehrlingsausbildungsbetriebe mit öffentlichen Geldern zu unterstützen?
3. Wenn ja, wie hoch kann die finanzielle Unterstützung sein?
4. Was halten sie von der Einführung eines Ausbildungsfonds, der aus Mitteln von jenen Betrieben finanziert wird, die keine Ausbildung durchführen?
5. Besteht eine Möglichkeit, jenen Lehrwerkstätten, die über ihren Bedarf hinaus ausbilden, die Mehrkosten abzugelten?